

Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familien, Senioren und Soziales

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 21.11.2019
Beginn: 17:01 Uhr
Ende: 18:32 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal 128

Anwesend:

stellv. Vorsitzender

Herr Reinhard Mertineit

Ausschussmitglieder

Herr Walter Bokern

Herr Evren Demirkol

Frau Margarete Godde

Herr Ralf Kache

Herr Eckhard Knospe

Vertretung für Frau Silvia Klee

Frau Stefanie Kröger

Herr Christian Meyer

Frau Christina Renner

Herr Lukas Runnebom

Herr Paul Sandmann

Frau Julia Sandmann-Surmann

Vertretung für Frau Henrike Theilen

Herr Thomas Schlarmann

Grundmandate

Herr Franziskus Pohlmann

Herr Holger Teuteberg

Hinzugewählte

Frau Cornelia Kröger

Bürgermeister

Herr Tobias Gerdesmeyer

Verwaltung

Herr Gert Kühling

Herr Sebastian Wolke

Frau Christina Böging

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Frau Manuela Deux

Frau Silvia Klee

Frau Henrike Theilen

Hinzugewählte

Bernard Buschemöhle

Herr Clemens Haskamp

Herr Frank Schröer

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Rebecca Fischer

Tagesordnung:**Öffentlich**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 07.02.2019
3. Antrag der SPD-Fraktion auf Erstellung eines Sozialberichts
Vorlage: 5/002/2019
4. Antrag der SPD-Fraktion zur Schaffung bezahlbaren Wohnraumes
Vorlage: 50/001/2019
5. Einführung der digitalen Kitaplatz-Vergabe
Vorlage: 51/004/2019
6. Trägerschaft der neuen Kindertagesstätte an der Von-Stauffenberg-Straße
Vorlage: 51/005/2019
7. Mitteilungen und Anfragen

Öffentlich**1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung**

Der stellv. Ausschussvorsitzende Herr Mertineit eröffnete die Sitzung und stellte fest, dass die Ausschussmitglieder ordnungsgemäß geladen wurden. Die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung wurden ebenfalls festgestellt.

Der Tagesordnung wurde einstimmig zugestimmt.

2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 07.02.2019

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 10 , Nein-Stimmen: 0 , Enthaltungen: 3

**3. Antrag der SPD-Fraktion auf Erstellung eines Sozialberichts
Vorlage: 5/002/2019****Sachverhalt:**

Mit Datum vom 07.08.2019 beantragt die SPD-Fraktion mit Verweis auf die gefassten Beschlüsse aus den Jahren 2010 und 2012, einen Sozialbericht zu erstellen und hierzu konkrete Handlungsfelder zu benennen. Der Antrag ist der Beschlussvorlage als Anlage beigefügt.

Der Rat der Stadt Lohne hat den Antrag in seiner Sitzung am 23.10.2019 in den Ausschuss für Jugend, Familien, Senioren und Soziales verwiesen.

Das Land Niedersachsen erstellt jährlich einen sogenannten „Handlungsorientierten Sozialbericht“. Lt. Auskunft des Nds. Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung soll die „Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen“ den Akteuren der Armutsbekämpfung in Land, Kommunen und Verbänden das für ihre Arbeit erforderliche empirische Material handlungsorientiert und unkompliziert zur Verfügung stellen. Diese ist als Grundlage für die notwendige politische Diskussion über Armut und Armutsrisiken entwickelt worden. Mit dem handlungsorientierten Sozialbericht des Landes Niedersachsen stehen bereits entsprechende Vergleichsmaterialien zur Verfügung. Er ist ebenfalls als Anlage beigefügt.

Folgende Handlungsfelder werden hier berücksichtigt:

- Demografie
- Lebensformen: Haushalte und Familien
- Bildung und Qualifikation
- Wirtschaft und Erwerbstätigkeit
- Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung
- Einkommen, Verdienste und Vermögen
- Relative Armut und relativer Reichtum
- Bekämpfte Armut: Soziale Mindestsicherung
- Besondere Lebenslagen
- Kinder und Jugendliche

- Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement
- Regionale Strukturen auf Einheits- und Samtgemeindeebene

Entsprechende kommunale Sozialberichte liegen lediglich vereinzelt und bisher auch nur von größeren Kommunen vor:

- | | |
|-----------------------------|------------------------|
| • Landeshauptstadt Hannover | • Stadt Göttingen |
| • Region Hannover | • Landkreis Harburg |
| • Stadt Oldenburg | • Landkreis Helmstedt |
| • Stadt Osnabrück | • Landkreis Hildesheim |
| • Stadt Braunschweig | • Stadt Wolfsburg |
| • Landkreis Gifhorn | |

Im Anschluss an die in den Jahren 2010 und 2012 stattgefundenen politischen Beratungen der Stadt Lohne hat der Landkreis Vechta zum Projekt „KECK: Kommunale Entwicklung – Chancen für Kinder“ der Bertelsmann Stiftung mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden im Jahr 2013 entsprechende Workshops durchgeführt. Der Landkreis Vechta wurde als einer von drei Landkreisen für dieses Modellprojekt ausgewählt.

Der KECK-Atlas im Rahmen des Demografiefprozesses wurde dem Jugendhilfeausschuss und den Hauptverwaltungsbeamten im Juni 2014 vorgestellt. Das Instrument des KECK-Atlases sollte die Möglichkeit bieten, auf Grundlage von Indikatoren und Kennzahlen mit den Städten und Gemeinden ins Gespräch zu kommen und eine steuerungsrelevante Vergleichsarbeit zu leisten. In Bezug auf Daten zur Demografie wurde eine KECK-Indikatorenliste erarbeitet, die kleinräumige Auskünfte u. a. über die schulische Versorgung, den Bereich der Jugendhilfe, zur Kindergesundheit, frühkindlichen Bildung und Betreuung gibt.

Die Erstellung eines Sozialberichts basiert auf eine umfangreiche Datenerhebung, die im Ergebnis Aufschluss über die verschiedenen Lebenslagen der Bevölkerung geben soll. Eine umfangreiche Erhebung und Auswertung der erforderlichen Daten wird voraussichtlich nicht ohne einen externen Dienstleister zu erbringen sein. Zudem ist zu abwägen, ob der wünschenswerte Vergleich z.B. verschiedener Sozialräume (Stadtteile, Ortschaften etc.) für eine Kommune in der Größenordnung von Lohne sinnvoll erscheint und ob dieser überhaupt möglich ist, oder ein Sozialbericht nicht eher für einen Bereich auf mindestens Landkreisebene erstellt werden müsste.

Lt. Ausführungen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) muss es zur Erstellung eines kommunalen Sozialmonitorings bzw. Sozialberichts einen Raumbezug geben. Man geht von statistischen Bezirken aus, auf deren Grundlage unter Beachtung der konkreten örtlichen Verhältnisse Sozialräume identifiziert werden. Um Aussagen mit statistischer Aussagekraft und Genauigkeit zu tätigen, ist eine gewisse Mindestgröße (10.000-15.000 Einwohner je Bezirk) notwendig.

Beratungsverlauf:

Herr Knospe stellte den Antrag der SPD-Fraktion vor und fügte hinzu, dass er der Vorlage entnehme, dass der Antrag nach Möglichkeit nicht weiter verfolgt werden soll. Hierbei geht es um die generelle Veranschaulichung der Sozialverhältnisse in Lohne. Mit Hilfe eines Sozialplanes können der Einsatz von Finanzmitteln und mögliche präventive Maßnahmen zur

Vermeidung von Problemen besser gesteuert werden. Der handlungsorientierte Sozialbericht, auf den in der Vorlage hingewiesen wurde, könne lediglich zum Vergleich herangezogen werden. Dieser habe keine spezielle Aussagekraft für Löhne. Es sollten Untersuchungen z.B. zu sozialen Brennpunkten durchgeführt werden. Entsprechende Handlungsfelder sollten hierzu benannt werden.

Herr Pohlmann erkundigte sich, warum dem Beschluss aus dem Jahr 2012 nicht weiter nachgegangen wurde. Herr Wolke antwortete, dass der Landkreis sich mit der Thematik ab dem Jahr 2013 beschäftigt hatte. Es gäbe eine sog. Indikatorenliste, die durch den Landkreis erstellt wurde.

Herr Bürgermeister Gerdesmeyer erklärte hierzu, dass manchmal gewisse Prozesse im politischen Alltag nicht beendet werden. Dem damaligen Beschluss seien lange kontroverse Diskussionen voraus gegangen. Der Beschluss aus dem Jahr 2012 sei sehr vage formuliert worden. Um das Thema wieder aufzugreifen, müsse diesmal ein eindeutiger Beschluss gefasst werden.

Herr Knospe gab an, dass das Thema bis heute nicht wieder aufgegriffen worden sei. Der KECK-Antrag sei nicht ausreichend. Ein Sozialbericht für Löhne solle z.B. auch die Themen Altersarmut und Migration aufgreifen. Der Bericht solle nicht runtergebrochen werden auf einzelne Stadtteile.

Herr Sandmann erläuterte, dass das Thema bereits in anderen Bereichen erarbeitet wird. Hier nannte er den Kitabedarfsplan, die Schulen, Kindergärten, Schulsozialarbeiter und die Kindergärten. In Löhne sein eine gute Vernetzung vorhanden, so dass Missstände zügig aufgedeckt werden und die entsprechenden Stellen sich dann auch kümmern.

Herr Kache entgegnete, dass in den Bereichen Grundsicherung im Alter, Wohnungssuche, Miethöhe und Mindestlohn Nachholbedarf bestünde.

Herr Bürgermeister Gerdesmeyer gab an, dass ein Teil der Informationen aus der Verwaltung erbracht werden kann. Der andere Teil der Informationen müsse aus anderen Quellen eingeholt werden. Ein Durchschnittseinkommen für Löhne ist nicht ermittelbar.

Frau Renner gab an, dass sie sich viel mit dem Bereich Wohnen beschäftigt habe. Sie habe die Erfahrung gemacht, dass die zu erhebenden Daten meistens zwei bis drei Jahre alt sind. Die Aufarbeitung der Daten dauere nochmals ein bis zwei Jahre, so dass man am Ende auf Datenmaterial zurückgreife, das bereits 5 Jahre alt ist. Sie bezweifelte, dass durch den Sozialbericht tatsächlich Einfluss genommen werden kann und hält das Einschalten eines externen Dienstleisters für nicht sinnvoll.

Frau Cornelia Kröger teilte ihre Erfahrung mit Sozialberichten. Aus dem Sozialbericht für Kinder gehe lediglich hervor, dass Handlungsbedarf besteht, in welcher Form ist nicht ersichtlich. Den betroffenen Familien wird bereits geholfen. Sie verwies hier auf die Schulsozialarbeiter, dem Präventionsrat und die Kindergärten. Einen Sozialbericht hält sie nicht für hilfreich. Die finanziellen Mittel sollten aus ihrer Sicht direkt in die praktischen Hilfen fließen.

Herr Meyer stimmte seiner Vorrednerin zu. Im Bereich der präventiven Maßnahmen ist Löhne gut aufgestellt. Er nannte hier ebenfalls den Präventionsrat, den Jugendtreff, den Seniorentreff sowie die Schulsozialarbeiter. Auch er ist der Meinung, dass die finanziellen Mittel nicht in einen Sozialbericht investiert werden sollen, sondern in präventive Maßnahmen.

Herr Bokern fügte dem hinzu, dass 2012 nach einer langen Debatte dem Sozialbericht nicht zugestimmt wurde. Er sprach sich gegen einen externen Dienstleister aus. Im Übrigen ist

aus dem handlungsorientierten Sozialbericht vom Land Niedersachsen zu erkennen, dass der Landkreis Vechta bereits gut aufgestellt ist.

Nach eingehender Beratung wurde zunächst darüber abgestimmt, ob ein Sozialbericht ggf. unter Beauftragung eines externen Dienstleisters erstellt werden soll:

mehrheitlich abgelehnt
Ja-Stimmen 4, Nein-Stimmen 9

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, konkrete Handlungsfelder zu benennen und vorhandene Informationen und statistische Materialien hierzu zusammenzutragen. Nach Bestimmung zukünftiger Handlungsfelder sollen ggf. externe Dienstleister für nähere Untersuchungen herangezogen werden.

mehrheitlich abgelehnt
Ja-Stimmen: 4 , Nein-Stimmen: 8 , Enthaltungen: 1 , Befangen: 0

4. Antrag der SPD-Fraktion zur Schaffung bezahlbaren Wohnraumes Vorlage: 50/001/2019

Sachverhalt:

Mit Datum vom 02.10.2019 beantragte die SPD-Fraktion, über die Kriterien des kommunalen Arbeitskreises zur Schaffung bezahlbaren Wohnraumes zu beraten und ggfs. zu ergänzen und beschließen. Der Antrag ist der Beschlussvorlage als Anlage beigefügt.

Beratungsverlauf:

Herr Knospe stellte den Antrag der SPD vor.

Herr Wolke erläuterte hierzu, dass der Landkreis Erhebungsbögen von den Kommunen erhalten habe. Lt. Auskunft der GewoBau gestaltet es schwierig die Kriterien für die Wohnungsvergabe im Vorfeld festzulegen. Es sollte erst abgewartet werden, an welchen Standorten wie viele Wohneinheiten errichtet werden.

Herr Bürgermeister Gerdsmeyer stimmte dem zu. Er erklärte weiterhin, dass bereits fünf Grundstücke der GewoBau angeboten wurden. Ein Grundstück befindet sich im Bereich „An den Schanzen“, vier weitere Grundstücke im Baugebiet Voßberg-Nord. Er hält einen abstrakten Beschluss zur Wohnungsvergabe für schwierig. Hier sollte man auf die Erfahrungswerte der GeWoBau vertrauen.

Grundsätzlich sollen 10 -15 % der Grundstücke pro Baugebiet für den sozialen Wohnungsbau vorgehalten werden. Es wird dann im Einzelfall entschieden, welche Grundstücke dies sein können. Der GeWoBau wurden diese Grundstücke als Partner im Bereich sozialer Wohnungsbau angeboten. Sobald die GeWoBau das Angebot annimmt, wird über die Angelegenheit im Rat beschlossen. Es handelt sich hierbei um 20-25 Wohneinheiten. Es wird eine Mischung aus freiem und sozialem Wohnungsbau geben.

Eine Einmischung in die Vergabekriterien hält Herr Bokern für unnötig. Die GeWoBau weiß, was sie benötigt. Seitens der Stadt sollten lediglich die Grundstücke zur Verfügung gestellt werden.

Herr Knospe gab an, dass es hier um die Bedarfe geht, um Faktoren, die unabhängig vom Wohnberechtigungsschein von Bedeutung sind. Hier gehe es um die Anzahl der Wohnungen, die für Alleinerziehende, Familien, Singles benötigt werden und auch um die Anzahl der behindertengerechten Wohnungen. Er erkundigte sich nach den Angaben, die die Stadt hierzu an den Landkreis gemeldet hat.

Herr Bürgermeister Gerdesmeyer erläuterte die Angaben aus dem Erhebungsbogen. Idealerweise sollten die Wohnungen innenstadtnah sein. Seiner Meinung nach sollte auf die jahrzehntelange Erfahrung der GeWoBau vertraut werden.

(nachrichtlich: der von der Stadt Lohne ausgefüllte Erhebungsbogen ist dem Protokoll als Anlage beigefügt; die Angaben wurden von der Liegenschaftsabteilung u.a. nach Rücksprachen mit sämtlichen Sozialarbeitern der Stadt Lohne gemacht. Im Ergebnis sind Bedarfe in allen abgefragten Bereichen vorhanden.)

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, Kriterien für die Vergabe von bezahlbarem Wohnraum festzulegen.

mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 4 , Nein-Stimmen: 9

5. Einführung der digitalen Kitaplatz-Vergabe Vorlage: 51/004/2019

Sachverhalt:

Im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) hat man sich zum Ziel gesetzt, dass Bund, Länder und Kommunen ihre Verwaltungsleistungen bis 2022 auch online anbieten. Hierzu gehört auch das Angebot einer digitalen Kitaplatz-Vergabe.

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Lohne hat in seiner Sitzung am 04.11.2019 beschlossen, ab 2020 Haushaltsmittel für eine entsprechende Software zur Verfügung zu stellen.

Dem Familienbüro und den Kindertagesstätten ist es wichtig, dass das komplexe Anmeldeverfahren in Lohne beginnend mit den Anschreiben aller betroffenen Lohner Eltern im Dezember eines Jahres bis hin zu den politischen Beratungen im März oder April des Folgejahres möglichst genau nach den Vorstellungen der Verwaltung, der Einrichtungen und Träger digital abgebildet werden kann.

In Zusammenarbeit mit den Trägern und Einrichtungen möchte sich das Familienbüro schon frühzeitig mit der Frage auseinandersetzen, wie die zunehmend verbreitete Nutzung des Internets für das Angebot von unseren Verwaltungsleistungen genutzt werden könnte. Mit einer ausreichenden Vorbereitungszeit ist geplant, die digitale Kitaplatz-Vergabe spätestens zur Anmeldewoche im Januar 2021 einzuführen. Das Angebot soll die Vergabe der Betreu-

ungsplätze, das Bereitstellen von Statistiken etc. optimieren und die Träger, Einrichtungen und die Verwaltung erheblich entlasten.

Die Verwaltung hat sich mit verschiedenen Möglichkeiten befasst, das bisherige Anmeldeverfahren zu digitalisieren.

Es wird im kommenden Jahr das entsprechende Angebot der Fa. Little Bird GmbH eingeführt, welches nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen am geeignetsten erschien, die Vorgaben zu erfüllen. Dieses Angebot wurde den Kita-Leitungen und Trägervertretern bereits vorgestellt.

Das Lösungspaket der Fa. Little Bird GmbH umfasst ein Eltern-Portal und die für Träger, Einrichtung und Verwaltung erforderliche Software inklusive notwendiger Schnittstellen zu den weiterführenden EDV-Programmen der einzelnen Träger.

Nähere Einzelheiten können bei Bedarf in der Sitzung vorgestellt werden.

Beratungsverlauf:

Die Beschlussvorlage wurde von Herrn Wolke vorgestellt.

Herr Sandmann schlug vor, hier auch die Platzvergabe für die Bereiche Kindertagespflege und Horte mit einzubeziehen.

Herr Wolke erklärte hierzu, dass die Software auch diese Bereiche abdeckt. In einem zweiten Schritt soll die Vergabe der Plätze in der Kindertagespflege und im Hortbereich über das Programm Little Bird erfolgen.

zur Kenntnis genommen

6. Trägerschaft der neuen Kindertagesstätte an der Von-Stauffenberg-Straße Vorlage: 51/005/2019

Sachverhalt:

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Lohne hat in seiner Sitzung am 29.05.2018 die Verwaltung beauftragt, in Abstimmung mit dem Caritas-Sozialwerk (CSW) die Planungen für einen Neubau einer Kindertagesstätte mit fünf Gruppen (drei Regelgruppen, zwei Krippengruppen) am Standort Von-Stauffenberg-Straße in die Wege zu leiten. Die bisher an dem genannten Standort ansässige Förderschule wechselt in die Räumlichkeiten des gegenüber liegenden ehemaligen Flüchtlingswohnheims II.

Die erforderlichen Planungsleistungen wurden europaweit durch die beauftragte GVP (Gesellschaft für Vergabe- und Projektmanagement) aus Bremen ausgeschrieben. Der Verwaltungsausschuss der Stadt Lohne hat in seiner Sitzung vom 01.07.2019 beschlossen, das Büro Bocklage & Buddelmeyer GmbH aus Vechta mit den Planungsleistungen für den Neubau der Einrichtung zu beauftragen.

Im Vorfeld eines für September 2019 anberaumten Planungsgesprächs wurde die Angelegenheit unter Beteiligung des Bischöflich Münsterschen Offizialates (BMO) erörtert. In einem Gespräch des CSW mit dem BMO und Vertretern der katholischen Kirchengemeinde St.

Gertrud ist die Idee entstanden, die Trägerschaft anders als ursprünglich vorgesehen durch die kath. Kirchengemeinde übernehmen zu lassen.

Wie im Verwaltungsausschuss am 17.09.2019 bereits mitgeteilt wurde, ist anschließend seitens des CSW die Nachfrage erfolgt, ob die Pfarrgemeinde St. Gertrud nicht auch Träger der neuen Kindertagesstätte werden könne. Das BMO sieht den Betrieb von Kindertagesstätten eher bei Pfarrgemeinden vor und nicht bei kirchennahen Institutionen. Im Hinblick auf die neue Vereinbarung der Stadt Lohne mit dem BMO und der kath. Kirchengemeinde würde die Stadt Lohne finanziell entlastet werden, da sich die katholische Kirche mit 15 % an den Betriebskosten beteiligt. Es wurde empfohlen, dieses Vorhaben weiter zu verfolgen. Im Falle der Suche eines neuen Trägers würde sich der Bau erheblich verzögern, da eine neue Fläche an einem neuen Standort gefunden werden müsse und auch eine neue Planung erforderlich sei. Bei Übernahme der Trägerschaft durch die kath. Kirchengemeinde kann die bisherige Bauplanung aufrechterhalten werden. Das CSW ist dem Landes-Caritasverband Oldenburg angeschlossen, welcher die katholische Caritas im Officialatsbezirk vertritt. Das BMO bleibe bei einem Trägerwechsel weiterhin beteiligt.

Unterstützt vom BMO und CSW hat die kath. Kirchengemeinde St. Gertrud mittlerweile gegenüber der Verwaltung erklärt, die Trägerschaft einer Kindertagesstätte an dem Standort Von-Stauffenberg-Straße übernehmen zu wollen. Es soll keine weitere katholische Einrichtung in Lohne geben, sondern die Kita St. Anna (Vogtstr. 18) entsprechend erweitert werden und an den neuen Standort umziehen. Die bisherigen Räumlichkeiten von St. Anna befinden sich im städtischen Eigentum und könnten zukünftig anderweitig genutzt werden.

Das BMO sieht bei der kirchlichen Trägerschaft darüber hinaus weitere Vorteile bei den übergeordneten Verwaltungs-, Leitungs- und Personalaufgaben. Diese werden beim BMO zentral für alle betroffenen Einrichtungen wahrgenommen.

Beratungsverlauf:

Herr Wolke erläuterte die der Einladung beigefügten Beschlussvorlage.

Herr Sandmann erklärte hierzu, dass es sich grundsätzlich um einen guten Lösungsvorschlag handelt, allerdings sollte bedacht werden, dass 25 Kindergartenplätze bei dieser Lösung weniger geschaffen werden. Außerdem regte er an, dass der neue Träger ein neues pädagogisches Konzept für die Einrichtung entwickeln möge.

Beschlussvorschlag:

Die Trägerschaft der neuen Kindertagesstätte an der Von-Stauffenberg-Straße übernimmt an Stelle des Caritas-Sozialwerkes die katholische Kirchengemeinde St. Gertrud.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 13

7. Mitteilungen und Anfragen

In der Ratssitzung der Stadt Lohne am 23.10.2019 wurde angemerkt, dass in Kroge ein Wolf gesehen wurde. Es stellte sich die Frage, wie diesbezüglich mit dem Waldkindergarten in Hopen umgegangen werden muss. Bereits im März 2018 wurde eine ähnliche Anfrage gestellt. Frau Dr. Jana Sprenger vom Wolfsbüro Hannover gab hierzu an, dass aus Expertensicht ein Verzicht auf den Waldkindergarten im Wolfsgebiet nicht nötig sei. Ebenso ist sei wolfssichere Einzäunung nicht notwendig.

Herr Pohlmann erkundigte sich nach dem aktuellen Sachstand im Bereich Kinder- und Jugendbeteiligung. In der letzten Sitzung war von weiteren Terminen gesprochen worden. Das 1. Jugendforum ist nun über ein Jahr her. Herr Wolke erläuterte, dass Herr Buschemöhle kurzfristig abgesagt hat und daher in dieser Sitzung nicht berichten kann. Die Verwaltung wird sich nach weiteren Terminen erkundigen.

Herr Sandmann stellte das Buch „Mit 200 Sachen durch den Landkreis Vechta“ vor. Dieses Buch wird in den nächsten Tagen in den Schulen an die Klassen eins bis sechs verteilt. Nach Rücksprache mit den Schulen soll das Buch teilweise auch mit in den Unterricht eingebunden werden.

Tobias Gerdesmeyer
Bürgermeister

Reinhard Mertineit
Vorsitzender

Christina Böging
Protokollführerin